



DIE GRÜNEN
Adlerstraße 3
40822 Mettmann
fraktion@gruene-mettmann.de
www.gruene-mettmann.de

Mettmann, den 04.03.2022

Haushaltsantrag für den Haupt- und Finanzausschuss

Änderungen im konsumtiven Bereich

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Änderungen im Haushaltsplanentwurf 2022 vorzunehmen:

Nr.	Seite	Produkt	Sachverhalt	Veränderung
1	538, Z. 01	16.16.01	Rücknahme der Erhöhung der Grundsteuer B	- 400.000€
2	538, Z. 01	16.16.01	Erhöhung der Grundsteuer A auf 100.000€	+ 20.000€
3	538, Z. 01	16.16.01	Annäherung Ertrag Vergnügungssteuer an Ergebnis 2020 (+100.000€) sowie Einpreisung einer Steuererhöhung von +50.000€	+ 150.000€
4	196, Z. 07	02.02.01	Überarbeitung Verwarnungs- und Bußgeldkatalog	+ 50.000€
5	196, Z. 04	02.02.01	Erhöhung Parkgebühren	+ 50.000€
6			Teilweise Umsetzung der Empfehlungen von IMAKA im Personalbereich	+ 400.000€
			Ergebnis	+270.000€

Begründung:

Zu 1: Laut IKVS Vergleichszahlen (S. 541 im Haushalt) liegt Mettmann bereits heute am oberen Ende der Grundsteuereinnahmen pro Einwohner*in. Nach der sprunghaften Erhöhung der Grundsteuer B im vergangenen Jahr und in einer durch die Energiekrise und Inflation prekäre

Lage vieler Haushalte ist eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B für viele Bürger*innen der Stadt Mettmann nicht finanzierbar. Daher ist diese Steuererhöhung zu vermeiden, aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage jedoch durch andere Maßnahmen auszugleichen. Es sollen insbesondere Maßnahmen getroffen werden, die nicht ausschließlich die Allgemeinheit belasten, sondern verstärkt das Verursacher*innenprinzip in den Blick nehmen.

Zu 2: Im Gegensatz zur Grundsteuer B wurde die Grundsteuer A seit Jahren nicht erhöht, und eine Steigerung ist auch in der Planung bis 2025 nicht vorgesehen. Aus Gründen der Gerechtigkeit soll die Grundsteuer A so angehoben werden, dass 100.000€ Erträge in den Jahren 2022ff erreicht werden.

Zu 3: Im interkommunalen Vergleich (Haushaltsentwurf S. 541) liegt der Planansatz der Vergnügungssteuer für 2022 weit unter Durchschnitt. Obwohl 2020 ein Krisenjahr mit langen Lockdowns war, konnten laut vorläufigem Ergebnis 328.000€ eingenommen werden. Die Herabsenkung im Ansatz 2022 soll somit realistischerweise um 100.000€ auf 300.000€ angehoben werden. Zudem soll die Vergnügungssteuer so erhöht werden, dass mit Zusatzeinnahmen von 50.000€ zu rechnen ist.

Zu 4: Verwarn- und Bußgelder werden als Antwort auf kritisches Verhalten verhängt und entsprechen somit dem Verursacher*innenprinzip in besonderem Maße. Hier soll die Verwaltung den Spielraum nutzen und den Verwarn- und Bußgeldkatalog so überarbeiten, dass Mehreinnahmen von 50.000€ generiert werden.

Zu 5: Parkgebühren haben eine Lenkwirkung im Rahmen der Mobilitätswende und sollen Bewusstsein schaffen für die Kosten des öffentlichen Raums. Daher soll die Brötchentaste abgeschafft werden. Außerdem werden die Parkgebühren so erhöht, dass eine Ansatzserhöhung von 50.000€ resultiert.

Zu 6: Auch wenn die von IMAKA vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen im Personalhaushalt mit Einsparpotenzial von 875.000€ laut Verwaltung nicht unmittelbar in Gänze umgesetzt werden können, wird die Verwaltung beauftragt, Einsparungen in Höhe von 400.000€ zu veranschlagen.

Rebecca Türkis
(Fraktionssprecherin)

Nils Lessing
(Fraktionssprecher)